

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

36. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 2. April 2003

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksache 15/724)

Einrichtung einer bundesdeutschen Beobachtungsstelle bezüglich rechtsextremer und fremdenfeindlicher Bestrebungen

MdIANfr 25 **Petra Pau** fraktionslos

Antw PStSekt Fritz Rudolf Körper BMI ...

ZusFr Petra Pau fraktionslos

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

(...)

Wir kommen zur Frage 25 der Kollegin Pau:

Plant die Bundesregierung im Hinblick auf den Antrag der Fraktionen der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen, der FDP und der PDS „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ aus der 14. Legislaturperiode, Bundestagsdrucksache 14/5456, die Einrichtung einer bundesdeutschen Beobachtungsstelle bezüglich rechtsextremer und fremdenfeindlicher Bestrebungen – analog zur Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – und, wenn nein, aufgrund welcher Erwägungen und genauen Prüfungen wird das Ziel der Einrichtung einer derartigen Beobachtungsstelle nicht verfolgt?

Fritz Rudolf Körper, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Frau Kollegin Pau, die Frage nach der Einrichtung einer nationalen Beobachtungsstelle – analog zur Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, EBRF – ist in dem Bericht über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt, Drucksache 14/9519, sowie in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der damaligen Abgeordneten Jelpke und der PDS-Fraktion vom 9. Oktober 2001, Drucksache 14/7059, im Einvernehmen mit der EBRF ausführlich gewürdigt worden. Die darin dargestellte Position der EU-Agentur EBRF, wonach diese selbst keine Notwendigkeit der Einrichtung nationaler Beobachtungsstellen in den EU-Mitgliedstaaten sieht, wird von der Bundesregierung respektiert.

Im Interesse der EBRF liegt hingegen die Berichtstätigkeit der von ihr selbst initiierten und mittlerweile in allen Mitgliedstaaten, auch in Deutschland, eingerichteten nationalen Kontaktstellen zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die National Focal Points haben die Aufgabe, im Auftrag der EBRF jeweils auf nationaler Ebene entsprechende Daten zu sammeln, zu registrieren, zu analysieren und die Ergebnisse weiterzuleiten. Die EBRF beabsichtigt, bereits in diesem Jahr eine Reihe von länderspezifischen Publikationen zu veröffentlichen, die auf diesem Berichtssystem

basieren. In Deutschland fungiert derzeit das Europäische Forum für Migrationsstudien an der Universität Bamberg als National Focal Point.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Erste Zusatzfrage, Frau Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Nun ist die europäische Empfehlung das eine. Ich frage deshalb nach: Wann hat sich die Bundesregierung in welchem Gremium bzw. mit welcher Entscheidungskompetenz abschließend mit der vom Bundestag auf breiter Ebene unterstützten Empfehlung zur Prüfung noch einmal beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, keine nationale Beobachtungsstelle einzurichten?

Fritz Rudolf Körper, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Ich glaube, der von mir dargelegte Sachverhalt gibt überhaupt keinen Anlass zu einer kritischen Bemerkung; denn so wie das Ganze organisiert ist, stellt es sich zur Zufriedenheit dar, im Übrigen auch für diejenigen, die etwas anderes gefordert hatten. Das Datum dieser Entscheidung kann ich Ihnen nicht nennen. Auch die Vorlagennummer habe ich jetzt nicht präsent. Ich glaube aber, dass diese Entscheidung vernünftig ist und dass wir in der Sache keinen Streit haben.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zweite Zusatzfrage, bitte.

Petra Pau (fraktionslos):

Meine Nachfrage war überhaupt nicht bewertend gemeint. Mir ging es nur um die Aufklärung dieses Sachverhalts, weil sich Bürgerinnen und Bürger aufgrund der Debatten, die wir in den vergangenen Jahren sehr intensiv zum Thema „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“ geführt haben, an mich gewandt haben. Ich wäre Ihnen für das Nachreichen der einen oder anderen Information dankbar.

Ein weiterer Punkt: Gehe ich recht in der Annahme, dass die Bundesregierung in der Einrichtung einer nationalen Beobachtungsstelle als Ergänzung der genannten Institutionen kein geeignetes Mittel sieht, um diese Auseinandersetzung zu befördern, sondern andere Maßnahmen vorzieht?

Fritz Rudolf Körper, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Frau Kollegin Pau, wir müssen immer aufpassen, dass wir nicht doppelte oder sogar dreifache Strukturen aufbauen; denn diese sind häufig in der Sache nicht förderlich. Das gilt auch in dieser Angelegenheit. Ich finde, wir sind verpflichtet, zu schauen, wo Arbeit effektiv und effizient erledigt wird. Deswegen sind wir mit der hier dargelegten Verfahrensweise und dem Ergebnis einverstanden. Ich gehe davon aus, Sie auch.